

Carl Friedrich v. Weizsäcker-Gespräche*
Hotel Bristol, Wien

Vom Gleichgewicht des Schreckens

Botschafter Dr. Alexander Kmentt **
Österreichisches Außenministerium
Vortrag am 05. November 2022

Dr. Alexander Kmentt: **Schlafwandeln in den Untergang: Zum Narrativ des Gleichgewichts des Schreckens**

Mit freundlicher Unterstützung*



** Botschafter **Dr. Alexander Kmentt**, geb. 1965 , Leiter der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen. Zur Vita siehe Seite 14

Schlafwandeln in den Untergang? Zum Narrativ des Gleichgewichts des Schreckens

Vortrag von
Botschafter Dr. Alexander Kmentt, Wien¹

Am 22. Januar 1947 schrieb Albert Einstein einen Brief im Namen des Emergency Committee of Atomic Scientists. Darin bat er um finanzielle Unterstützung für das, was er als die dringlichste Bildungsaufgabe der Menschheitsgeschichte ansah. Er warnte – und ich zitiere:

„Durch die Freisetzung der Atomenergie hat unsere Generation die revolutionärste Kraft seit der Entdeckung des Feuers durch den prähistorischen Menschen in die Welt gebracht. Die Urkraft des Universums lässt sich nicht in das überholte Konzept engstirniger Nationalismen einpassen. Es gibt kein Geheimnis und keine Verteidigung; es gibt keine Möglichkeit der Kontrolle außer durch das geweckte Verständnis und die Beharrlichkeit der Völker der Welt.“² (Ende des Zitats)

Das war vor 75 Jahren. 15 Jahre später, im Oktober 1962, kam die Welt während der Kubakrise einem Atomkrieg zwischen der UdSSR und den USA erschütternd nahe.

Am 26. Oktober 1962, schickte Kubas Präsident Castro einen Brief an Präsident Chruschtschow, in welchem er ihn aufforderte, einen nuklearen Erstschatz gegen die Vereinigten Staaten zu starten. Stattdessen schickte Chruschtschow einen Brief an Präsident Kennedy, in dem er an die USA appellierte, mit ihm zusammenzuarbeiten, um den Konflikt zu deeskalieren und sicherzustellen, dass sie *„die Welt nicht in die Katastrophe eines thermonuklearen Krieges verdammen“*³. Dies ebnete den Weg für die Lösung dieser 13 Tage intensiver Nuklearkrise.

Dieser Schock war der Startschuss für internationale Bemühungen, Atomwaffen zu regulieren, Atomtests zu begrenzen und die Verbreitung dieser Waffen zu verhindern, die 1970 im Atomwaffensperrvertrag, dem NPT, und mehreren bilateralen Verträgen zwischen den USA und der UdSSR gipfelten. später Russland.

Von einer Lösung dieser Frage sind wir allerdings sehr weit entfernt und bewegen und in Wahrheit schon seit mehreren Jahren wieder in die falsche Richtung

Bereits vor zwei Jahren – das heißt recht lange vor der russischen Invasion der Ukraine – wurde die berühmte „Doomsday Clock“ des *Bulletin of the Atomic Scientist*, die ebenfalls auf Albert Einstein zurückgeht, auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Dies ist der nächste Stand vor Mitternacht seit 1947, als die Uhr gestartet wurde

Wenn Sie das überrascht, so denken Sie an die Tatsache, dass es heute 9 Staaten gibt, die nuklear bewaffnet sind – mehr als zur Zeit des Kalten Krieges. Diese neun Staaten besitzen ca. 13.000 Nuklearwaffen. Wir haben keine bipolare nukleare Ausgangsposition, sondern mehrere Akteure, die in verschiedenen nuklearen Abschreckungsbeziehungen mitein-

1) Dieser Vortrag enthält die persönlichen Meinungen des Autors und nicht notwendigerweise jene des österreichischen Außenministeriums.

2) Brief von Albert Einstein im Namen des Emergency Committee of Atomic Scientist, vom 22. Januar 1947, siehe <https://sgp.fas.org/eprint/einstein.html>.

3) Brief von Premier Nikita Khrushchev an Präsident Kennedy vom 26. Oktober 1962; verfügbar in der John F. Kennedy Presidential Library, microsites. <https://jfklibrary.org/cmc/oct26/>

ander stehen. USA/NATO zu Russland, USA zu China, Indien zu Pakistan, Indien zu China, Nordkorea zu USA (plus Verbündete) etc.. Es gibt zahlreiche Konfliktsituation, die ein nukleares Eskalationspotential haben in Europa, im Nahen Osten und in Asien.

Zudem wissen wir heute von einer Reihe von Fällen in denen die Menschheit in der Vergangenheit nur sehr knapp und mit viel Glück einer Nuklearkatastrophe entkommen ist. Die Risiken des absichtlichen, unabsichtlichen, unbeabsichtigten oder versehentlichen Einsatzes von Nuklearwaffen sind beträchtlich. Nuklearwaffensysteme sind nichts anderes als komplexe Maschinen und Systeme und sind daher – wie alles von Menschen gemachte – fehleranfällig.

Neue Technologien bringen enorme neue und zusätzliche Risikopotentiale. Das reicht von künstlicher Intelligenz, zu Hyperschallwaffen, zu neuen Designs von „mehr einsetzbaren“ Nuklearwaffen bis zur Cyber-Verwundbarkeit von nuklearen Installationen und Kommandostrukturen. Alle nuklear bewaffneten Staaten modernisieren ihre Arsenale und rüsten qualitativ auf, selbst wenn die absoluten Zahlen an Sprengköpfen seit den absurden Niveaus des Kalten Krieges zurückgegangen sein mögen, sind wir bereits wieder in einem qualitativen und quantitativen nuklearen Rüstungswettlauf.

Am Tag der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar dieses Jahres äußerte Präsident Putin mehrere kaum verhüllte nukleare Drohungen – ich zitiere: *„Ganz gleich, wer versucht, sich uns in den Weg zu stellen ... Sie müssen wissen, dass Russland sofort reagieren wird und die Konsequenzen ziehen werden wie Sie sie noch nie in deiner ganzen Geschichte gesehen haben“*⁴. Seitdem wurden mehrere andere ähnliche implizite, aber sehr klare nukleare Drohungen ausgesprochen.

Dies veranlasste UN-Generalsekretär Antonio Guterres, im August dieses Jahres seine größte Besorgnis zum Ausdruck zu bringen: Ich zitiere: *„Während die Menschheit den selbstmörderischen Fehler eines Atomkonflikts bisher vermieden hat, erreichen die Spannungen neue Höchststände in einer Zeit, in der viele Lehren aus der Vergangenheit vergessen zu sein scheinen. Heute ist die Menschheit nur noch ein Missverständnis, eine Fehlkalkulation von der nuklearen Vernichtung entfernt“*⁵ – Schlusszitat.

Dieses bereits bestehende hohe nukleare Risiko wird durch Russlands nukleare Bedrohungen und die zunehmenden Kämpfe in der Ukraine, die sich immer weiter in eine eskalierende Richtung zu bewegen scheinen, dramatisch erhöht.

Viele Experten sind daher heute sehr besorgt darüber, dass das Risiko des Einsatzes von Nuklearwaffen sehr hoch und akut ist. Im Gefolge von Putins immer lauter werdender Nuklearrhetorik hören wir auch anderswo viel Gerede über den Einsatz taktischer Nuklearwaffen, als ob dies irgendwie „nicht so schlimm“ wäre, oder die Machbarkeit von nuklearen gegenüber nichtnuklearen Reaktionen, wenn Russland das Tabu bricht gegen nukleare Nutzung. Mit all dem droht der Einsatz von Nuklearwaffen „normalisiert“ zu werden. Dies ist in der Tat eine sehr gefährliche Situation.

Ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit die Erfahrung gemacht, dass die meisten Menschen sich mit dem Thema Nuklearwaffen nicht wirklich auseinandersetzen wollen. Mich hat das immer erstaunt, denn angesichts der existentiellen Gefahr, die diese Waffen mit sich bringen, kann es in Wahrheit kaum ein wichtigeres Thema geben. Manche mögen ja vielleicht bis vor kurzem davon ausgegangen sein oder immer noch davon ausgehen, dass das

4) z. B. Rede Präsident Putins 24.02.2022; siehe <https://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>

5) Rede von Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 1. August 2022 verfügbar bei <https://news.un.org/en/story/2022/08/1123752>.

Thema in unseren Breiten nicht mehr sehr relevant ist; ein Thema der Vergangenheit, des Kalten Krieges.

Für andere ist die Beschäftigung mit diesem Thema vielleicht auch zu abstrakt oder schlichtweg unangenehm. Ich denke, wir sind als Spezies nicht sehr geeignet uns existenzielle Bedrohungen, wie sie ein Nuklearkonflikt mit sich brächte, tatsächlich und konkret vorzustellen. Risiken, die wir nicht unmittelbar sehen, oder die wir als gering einschätzen, scheinen wir gerne zu ignorieren. Auch den Klimawandel haben wir erst aufgehört zu verdrängen als die Auswirkungen für alle sichtbar wurden. Bei Nuklearwaffen können wir nicht warten bis es zu spät ist.

Vielleicht ist das einzig Gute, was man über die aktuellen zutiefst beunruhigenden Entwicklungen sagen kann, dass das Bewusstsein für die Bedrohung durch Nuklearwaffen zurückkehrt.

Wir alle müssen mit größter Dringlichkeit erkennen, dass die Nuklearwaffenfrage als zentrale und existenzielle Bedrohung für das Überleben der Menschheit zurückgekehrt ist. Es ist kein Thema der Vergangenheit oder nur in einem weit von uns entfernten regionalen Kontext wie dem Iran oder Nordkorea relevant. Es ist eine klare und gegenwärtige Gefahr für alle unsere Gesellschaften und die gesamte Menschheit und für uns in Europa. Die Gefahr ging natürlich nie weg. Sie verschwand einfach weitgehend aus unserem öffentlichen Diskurs, bis uns der russische Präsident wieder so deutlich an sie erinnerte.

Auch Österreich ist beim Thema Nuklearwaffen jedenfalls keine „Insel der Seligen“. Europa ist der immer noch der am meisten von Nuklearwaffen betroffene Kontinent. Nukleare Sprengköpfe von vier Staaten (Frankreich, Großbritannien, Russland und den Vereinigten Staaten) befinden sich in Europa. So lagern beispielsweise 60 km südlich von Österreich Nuklearwaffen in der NATO-Basis in Aviano in Norditalien. Somit ist diese Basis ein direktes Ziel für einen nuklearen Angriff und gleichzeitig ein potentieller Ort für einen Unfall. Eine Nuklearwaffenexplosion dort hätte direkte und schwerwiegende Auswirkungen auf Österreich. Für Büchel in Deutschland, oder die Basen in Belgien und den Niederlanden wo Nuklearwaffen lagern, gilt dasselbe. Im Zuge der Ukraine-Krise werden neue US taktische Nuklearwaffen in Europa stationiert. In Kaliningrad und möglicherweise in Weißrussland macht Russland dasselbe.

60 Jahre nach der Kuba-Krise stehen wir daher wieder an der nuklearen Schwelle.

Daraus drängt sich der Schluss auf, dass die bisherigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu Nuklearwaffen nicht funktioniert haben oder schlichtweg nicht ausreichend waren.

Wenn wir uns nicht mit dem Schicksal abfinden wollen, dass es früher oder später zu einem nuklearen Konflikt kommen wird, der möglicherweise die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen, beendet, sind neue Anstrengungen und ein neues Denken dringend erforderlich.

Mit Russlands Aggression gegen die Ukraine und den nuklearen Drohungen und nuklearer Erpressung stehen wir jetzt in der Nuklearwaffen -Frage an einer Weggabelung.

Entweder die Schlussfolgerungen, die Nuklearwaffen besitzende Staaten aus dieser Krise ziehen werden, sind eine noch stärkere Betonung dieser Waffen und nuklearer Abschreckung. Staaten, die heute keine Nuklearwaffen haben, werden dies sehr genau beobachten und daraus vielleicht schließen, dass auch sie Nuklearwaffen oder nuklearen „Schutz“ benötigen. Der logische Endpunkt einer solchen Entwicklung wäre eine weitere Verbreitung von Nuklearwaffen, mehr Staaten mit diesen Waffen und mit exponentiell höhe-

ren globalen nuklearen Risiken als Folge. Wir müssen die Diskussionen im Nahen Osten, in Asien und auch in Europa genau beobachten. Es gibt 5 besorgniserregende Anzeichen für eine solche Entwicklung. Ich würde behaupten, dass eine solche Welt viel gefährlicher wäre.

Die andere Schlussfolgerung aus dieser Krise und den erhöhten nuklearen Gefahren, die gezogen werden könnten, ist, dass sie die Fragilität des auf nuklearer Abschreckung basierenden Ansatzes für internationale Sicherheit deutlich gemacht hat. Dass dies nicht nachhaltig ist und dass ein Paradigmenwechsel bei Nuklearwaffen notwendig und dringend erforderlich ist. Dass diese Krise der Moment ist für das „erweckte Verständnis und Beharren der Völker der Welt“ ist, um Veränderungen zu fordern und auf das Einstein seine Hoffnung gesetzt hat.

Dieser Paradigmenwechsel gegen ein Sicherheitsverständnis, das auf der Androhung oder dem Einsatz von Nuklearwaffen beruhen, vollzieht sich bereits in den letzten zehn Jahren in weiten Teilen der internationalen Staatengemeinschaft. Darauf möchte ich mich für den Rest dieses Vortrags konzentrieren.

- 1) Ich werde über das Paradigma der nuklearen Abschreckung sprechen – und warum es in Frage gestellt werden muss.
- 2) Ich werde darüber sprechen, wie eine Gruppe von Nicht-Nuklearwaffenstaaten zusammen mit Organisationen der Zivilgesellschaft einen normativen Ansatz für Nuklearwaffen entwickelt hat, der sich auf einen evidenzbasierten Fokus auf die humanitären Folgen und Risiken von Nuklearwaffen gründet. Dies ist die Basis des Nuklearwaffenverbotsvertrags (TPNW).
- 3) Ich werde versuchen zu begründen, warum dies ein entscheidend wichtiger Beitrag zum Nuklearwaffendiskurs ist – gerade jetzt – und welches Transformationspotenzial dieser völkerrechtlich-normative Ansatz hat, um einen Weg zu finden aus einem Sicherheitsparadigma, das auf der Bedrohung durch globale Massenvernichtung aufbaut.

Die internationale Nuklearwaffendiskussion wird traditionell von den Atomwaffenstaaten, den fünf im Atomwaffensperrvertrag anerkannten Staaten, dominiert. Sie sind auch die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, obwohl es wichtig ist, klarzustellen, dass die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nichts mit dem Status eines Nuklearwaffenstaates zu tun hat.

Die Rolle der überwiegenden Mehrheit der Staaten, die nicht auf Nuklearwaffen zählen – mehr als 150 Staaten – beschränkte sich in der Vergangenheit zumeist darauf, sich über den nuklearen *status quo* zu beschweren und an die Nuklearwaffenstaaten zu appellieren, ihre Vertragsverpflichtungen und Zusagen zur nuklearen Abrüstung ernst zu nehmen.

Die Arbeit in und an internationalen Verträgen zu Thema Nuklearwaffen wie dem Atomwaffensperrvertrag oder in UN-Foren wie der Abrüstungskonferenz in Genf basiert auf einer strikten Anwendung der Konsensregel. Dies stellt sicher, dass niemals eine Entscheidung getroffen werden kann, die ein Nuklearwaffenstaat nicht unterstützt. Die Folge davon ist, dass alle in globalen Verträgen wie der NPT (und auch in bilateralen Rüstungskontrollverträgen zwischen den USA und Russland) vereinbarten Schritte immer damit konditioniert sind, dass sich an der nuklearen Abschreckung nicht viel ändern darf.

Man kann sich in diesen Verträgen vielleicht einigen, dass Nuklearwaffen nicht weiterverbreitet werden dürfen, und auf limitierte Schritte zur Begrenzung und Reduzierung der Anzahl von Nuklearwaffen. Aber im Wesentlichen: Nuklearwaffen werden von Nuklearwaf-

fenstaaten als Stabilitätsgarantie postuliert und diese Gleichung: *nukleare Abschreckung bedeutet Stabilität*, darf nicht in Frage gestellt werden.

Alle Bemühungen des Rests der Welt, für mehr Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung zu plädieren, geschweige denn tatsächliche Schritte weg von der Abhängigkeit von Nuklearwaffen einzufordern, wurden über Jahrzehnte auf der Grundlage dieser Begründung zurückgewiesen und verhindert.

Der Glaube an die Theorie der nuklearen Abschreckung überwiegt. Pointiert kann man sagen, dass Staaten die Nuklearwaffen besitzen sind von diesen Waffen auch besessen.

Die Theorie der nuklearen Abschreckung postuliert das Erfordernis glaubwürdiger nuklearer Angriffs- und Gegenschlags- Kapazitäten, „um einem Gegner inakzeptable Kosten zufügen zu können“. Es erfordert auch, dass alle Akteure an die Entschlossenheit aller glauben, dass Nuklearwaffen tatsächlich eingesetzt werden. Ohne die doppelte Glaubwürdigkeit von Fähigkeiten und Entschlossenheit funktioniert die nukleare Abschreckungstheorie nicht. Dies führt zu dem, was als „die verrückte Realität bezeichnet (wurde), dass nukleare Abschreckung ein Plan ist, Krieg weniger wahrscheinlich zu machen, indem man ihn wahrscheinlicher macht“.

Befürworter nuklearer Abschreckung gehen natürlich davon aus, glauben und hoffen, dass die Drohung allein zur Abschreckung ausreicht, zu einem rationalen Verhalten der beteiligten Akteure führt und diese Kapazitäten daher nie eingesetzt werden müssen. Kurz gesagt, je glaubwürdiger die Androhung eines Nuklearwaffeneinsatzes ist, desto eher wird von der Stabilität nuklearer Abschreckung und somit dem Nichteinsatz von Nuklearwaffen ausgegangen. Sogar das schreckliche Konzept der „mutually assured destruction“ (MAD) wird umgangssprachlich und abstrakt verwendet, nämlich als 7 Argument für nukleare Abschreckung und ihr angenommenes Ergebnis, konstruiert, nämlich die resultierende Stabilität und den Nichteinsatz von Nuklearwaffen.

Auch das Argument der Rationalität im Zusammenhang mit der der Abschreckung ist fragwürdig: Die Behauptung, dass Akteure so rational und verantwortungsbewusst sind, um mit Nuklearwaffen umzugehen, und das gleichzeitige Argument, dass nukleare Abschreckung funktioniert, weil sie zu rationalem und – hoffentlich - verantwortungsvollem Verhalten aller beteiligten Akteure führt jedoch tatsächlich nur ein Zirkelschluss. Vielleicht der gefährlichste Zirkelschluss den es jemals gegeben hat.

Gerade in den letzten vier Jahren hat etwa die Tatsache, dass Präsident Trump tatsächlich alleine die Autorität hatte, einen Nuklearschlag zu autorisieren, sehr viele Experten in den USA extrem nervös gemacht. De facto ist es aber nur ein gradueller Unterschied zwischen der Person Trump und anderen nuklearen Entscheidungsträgern. Welcher Person oder welchen von Menschen konzipierten Entscheidungsprozess kann man in Wahrheit diese Verantwortung anvertrauen mit der Sicherheit, dass sich Rationalität letztlich immer durchsetzt?

Die strategische Stabilität, die nukleare Abschreckung garantieren soll, basiert auf der oben genannten „verrückten Realität“ und auf der Annahme eines rationalen Verhaltens aller beteiligten Akteure, die am Ende vom Abgrund wegtreten und einen nuklearen Flächenbrand vermeiden würden.

Es wird postuliert, dass dies die ultimative Sicherheitsgarantie ist, die nukleare Konflikte zwischen Atommächten in den letzten 70 Jahren verhindert hat und dies unter den gegenwärtigen Umständen und ebenso in absehbarer Zukunft weiter tun wird. Dies ist nach wie

vor das übergreifende Kalkül, mit dem Atomwaffenstaaten an dieses Thema herangehen. Dieser Glaube ist sehr tief verwurzelt. Nichts darf dies in Frage stellen.

Nukleare Abschreckung ist sicherlich ein bestechendes Argument, wenn es tatsächlich funktioniert. Die "Superwaffe", die die Menschheit zu einem gefährlichen, kalten, aber stabilen Frieden zwingt. Die Waffe, die die menschliche Tendenz zu Krieg und Gewalt überwindet.

Das Problem dabei ist, dass wir die Richtigkeit dieser Behauptung einfach nicht beweisen können. Es kann weder nachgewiesen werden, dass nukleare Abschreckung in der Vergangenheit funktioniert hat oder in Zukunft funktionieren wird, noch kann nachgewiesen werden, dass sie in der Vergangenheit Konflikte nicht verhindert hat oder in Zukunft nicht verhindern wird. Und wie würde auch ein „Erfolg“ der nuklearen Abschreckung in einem bestimmten Krisenszenario beweisen, dass es im nächsten, 8 anderen, Szenario wieder funktionieren würde? Letztlich geht nukleare Abschreckung von Projektionen von Handlungen, Absichten, Konsequenzen und erwarteten Ergebnissen aus.

Man kann daher die Effektivität der nuklearen Abschreckung im Sinne des Nichteintritts eines Krieges nicht eindeutig beweisen und die Falsifikation – den Misserfolg der nuklearen Abschreckung - kann sich die Menschheit nicht leisten. Skeptiker haben die Theorie der nuklearen Abschreckung und die Stabilität der Abschreckung daher als letztlich eine „Glaubensfrage“ bezeichnet.

Uns fehlen einfach die harten empirischen Beweise. Angesichts der Tatsache, dass aber so viel für die gesamte Menschheit auf dem Spiel steht, sollte viel mehr anerkannt und zugegeben werden, dass die nukleare Abschreckung - wie jedes Glaubenssystem - letztlich von Annahmen abhängt und viele Unsicherheiten, das Risiko von Selbstüberschätzung und einen potenziellen sog. *confirmation bias* in sich birgt.

Anstatt den Glauben an die Stabilität der nuklearen Abschreckung zu postulieren, ist es daher wichtig, diese Annahmen in Frage zu stellen und die Unsicherheiten der Argumente sehr sorgfältig zu prüfen.

Anstatt den letztendlichen Nichteinsatz von Kernwaffen zu postulieren, weil man annimmt, dass "es nicht passieren wird", ist es notwendig, die gesamte Bandbreite der Auswirkungen und Folgen tatsächlicher Kernwaffenexplosionen umfassend und konkret zu berücksichtigen – gerade für den Fall, dass sich die nukleare Abschreckungstheorie als falsch erweisen kann.

Politische Entscheidungen in Bezug auf Nuklearwaffen müssen auf den empirischen Fakten dieser Implikationen und Konsequenzen beruhen und nicht auf der Grundlage zweifelhafter Annahmen einer strategischen Stabilität und dass diese Waffen nicht eingesetzt werden.

Die Nuklearwaffenstaaten sind zutiefst von der Richtigkeit ihrer Argumente überzeugt, dass nukleare Abschreckung gleichbedeutend mit strategischer Stabilität und Frieden ist. Folglich scheinen sie bisher weder gewillt noch in der Lage noch gewesen zu sein, sich auf einen solchen Diskurs einzulassen, der die Unsicherheiten und Annahmen kritisch bewertet auf dem die Theorie der nuklearen Abschreckung basiert; sicherlich nicht in der internationalen Nuklearwaffendiskussion oder in den Verträgen oder UN-Rahmen, die sich mit diesen Fragen befassen.

Stattdessen hört man von ihnen das häufig verwendete Argument dass „*nukleare Abschreckung eben wegen der gravierenden Konsequenzen von Nuklearwaffen funktioniert*“,

Dies ist in Wirklichkeit ein perfektes Beispiel für das vorherrschende Postulat des Nicht-Einsatzes und eine Demonstration eines möglichen *confirmation bias*.

Erstens steht einfach zu viel für die gesamte internationale Gemeinschaft auf dem Spiel um auf eine so breite kritische Bewertung weiter verzichten zu können. Die gesamte Menschheit trägt die nuklearen Risiken und die ganze Welt würde unter den Folgen leiden, wenn die nukleare Abschreckung versagt.

Zweitens ist es wohl auch eine Voraussetzung für zukünftige Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung, dass den Abschreckungs-Befürwortern aufgezeigt wird, dass die von ihnen postulierte Stabilität und Sicherheit vielleicht nicht ganz so stabil und sicher sein könnte, wie von ihnen angenommen.

Kurz gesagt, wenn wir in dieser Frage wirklich eine Veränderung und einen Paradigmenwechsel sehen wollen, muss sich die Diskussion über Nuklearwaffen ändern. Er muss über die Annahme der Stabilität und Nichtverwendung dieser Waffen hinausgehen, hin zu einer kritischen Infragestellung dieser Annahmen und der konkreten Berücksichtigung eines möglichen Scheiterns der nuklearen Abschreckung, der Konsequenzen und Risiken.

Vor etwa 12 Jahren wurde diese Erkenntnis der Notwendigkeit einer anderen Diskussion über Nuklearwaffen für eine Gruppe von Diplomaten in NichtAtomwaffenstaaten und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie der Rotkreuzbewegung immer deutlicher.

Daraus entstand die sogenannte Humanitäre Initiative; ein Prozess, der etwa 2011-12 begann, um eine internationale Diskussion über die humanitären Folgen von Atomwaffenexplosionen voranzutreiben und zu ermöglichen; konkret und wissenschaftlich fundiert zu untersuchen, was beim Einsatz von Nuklearwaffen konkret passiert und wie hoch die Risiken im Zusammenhang mit diesen Waffen tatsächlich sind. Die Staaten, die diesen Ansatz vorangetrieben haben, waren zunächst Norwegen, die Schweiz, aber auch Irland, Mexiko, Südafrika sowie Österreich und einige andere Staaten. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) war der Hauptakteur auf NGO-Seite und das IKRK spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle.

Von 2012 bis 2015 fanden mehrere internationale Konferenzen statt, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen zu präsentieren und die Risiken dieser Waffen besser zu verstehen.

Die vielleicht bedeutsamsten neuen Erkenntnisse betrafen dabei die humanitären Folgen eines sogenannten „begrenzten“ Atomkriegs. Demnach würde bereits ein Nuklearkonflikt – simuliert wurde etwa ein Konflikt zwischen Indien und Pakistan in dem ein Bruchteil nämlich 1/100 der bestehenden Arsenale um Einsatz kommt - nach rezenten Forschungsergebnissen zu einem nuklearen Winter führen. In den 1980er Jahren hatte man einen nuklearen Winter für einen totalen Nuklearkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion vorhergesagt.

Neue Modelle ergeben aber, dass große Mengen von Staub und Asche durch die Explosionen und Feuersbrünste in die obersten Schichten der Atmosphäre kämen. Dies würde zu einem mehrjährigen drastischen Temperaturabfall durch die limitierte Sonneneinstrahlung führen und hätte Weltweite Ernteaufschläge zur Folge. Neben den gesundheitlichen Auswirkungen durch die radioaktive Strahlung, wären der Zusammenbruch der globalen Wirtschaft, der öffentlichen Ordnung, Massen Fluchtbewegungen etc. etc. – die Folge. Die Wechselwirkungen der humanitären Konsequenzen, die so ein Szenario auslösen würde sind in Wahrheit zu komplex um sie genau berechnen zu können.

Wenn daher selbst ein *limitierter* Nuklearkonflikt zB. zwischen zwei Staaten etwa in der nördlichen Hemisphäre zu einer Hungersnot etwa in Afrika führt, wirft das natürlich profunde rechtliche und moralisch-ethische Fragen hinsichtlich der Legalität und Legitimität von Nuklearwaffen und der Praxis der nuklearen Abschreckung auf.

Es ist nicht nur unmöglich, den unmittelbaren humanitären Notfall und die langfristigen Folgen von Nuklearwaffendetonationen irgendwie angemessen zu begegnen, die neue Wissenschaft betonte eben auch, dass diese katastrophalen Folgen wirklich global wären.

Kurz gesagt, wir haben nun neue wissenschaftliche Fakten, dass die Praxis der nuklearen Abschreckung - wenn sie auch „nur“ in einem sogenannten "begrenzten Atomkonflikt" schief geht - dazu führt, dass die gesamte Menschheit und die Welt als Ganzes in viel schlimmerer Form als Kollateralschaden betroffen sein könnten, als bisher weitgehend bekannt war.

Ebenso stand das Verständnis der Komplexität nuklearer Risiken im Vordergrund dieser Konferenzen. Die meisten Staaten waren schockiert, als sie von zahlreichen historischen Fällen erfuhren, die zeigten, wie riskant und verwundbar Nuklearwaffensysteme sein dürften und wie oft die Menschheit nuklearen Katastrophen oder Unfällen meist durch Glück entkommen ist.

Diese neue Diskussion über die humanitären Folgen und Risiken von Nuklearwaffen hat unter den Nicht-Atomwaffenstaaten eine enorme Dynamik erzeugt. Bis 2015 unterstützten 159 Staaten eine gemeinsame Erklärung in der UNO, in der sie ihre tiefe Besorgnis über die humanitären Folgen von Nuklearwaffen zum Ausdruck brachten.

137 Staaten unterstützten einen von Österreich vorgelegten Aufruf – den sogenannten *Austrian Pledge*, „*die gesetzliche Lücke für das Verbot von Atomwaffen (...) aufgrund ihrer nicht hinnehmbaren humanitären Folgen und damit verbundenen Risiken zu schließen.*“ Dieser Aufruf wurde später in „*Humanitarian Pledge*“ umbenannt und generierte das Momentum in den Vereinten Nationen für ein völkerrechtliches Verbot von Nuklearwaffen.⁶

Bis 2016 hatten die den *Humanitarian Pledge* unterstützenden Staaten erfolgreich eine Resolution in der UN-Generalversammlung mit deutlicher Mehrheit und gegen den starken Widerstand der fünf Nuklearwaffenstaaten und ein Verhandlungsmandat für einen Verbotsvertrag durchgesetzt.

Der Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW) wurde 2017 ausgehandelt und am 7. Juli von 122 Staaten angenommen. Die Verhandlungen wurden von allen Nuklearwaffenbesitzenden Staaten und den meisten NATO-Staaten boykottiert.

Das TPNW ist die erste umfassende und eindeutige Verbotsnorm für Nuklearwaffen. Es verbietet den Vertragsstaaten, Nuklearwaffen zu entwickeln, zu testen, herzustellen, herzustellen, zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern. Es ist ihnen untersagt, Nuklearwaffen weiterzugeben oder zu erhalten und/oder bei Aktivitäten zu helfen, die nach dem Vertrag verboten sind. Staaten ist es auch untersagt, Atomwaffen einzusetzen oder damit zu drohen.

Schließlich dürfen die Vertragsstaaten nicht die Stationierung, Installation oder Stationierung von Nuklearwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet zulassen. Zusätzlich zu den Verboten des Vertrags sind die Vertragsstaaten verpflichtet, Opferhilfe zu leisten und bei Umweltsa-

6) Für den Austrian/Humanitarian Pledge und die Liste der unterstützenden Staaten siehe www.bmeia.gv.at/index.php?id=55297; für die United Nations General Assembly resolution “Humanitarian Pledge for the Prohibition and Elimination of Nuclear Weapons” (A/RES/71/47) siehe <https://digitallibrary.un.org/record/855211>.

nierungsbemühungen zu helfen. Diese positiven Verpflichtungen sind ein Novum im nuklearen Völkerrecht und ein wichtiger Ausdruck der humanitären Argumente, auf denen der TPNW basiert. Mehrere Vertragsstaaten des TPNW leiden bis heute schwer unter den Folgen vergangener Atomwaffentestkampagnen von Atomwaffenstaaten auf ihren Territorien; Staaten wie Kasachstan, die pazifischen Inselstaaten oder Algerien, das ein Unterzeichnerstaat ist.

Diese Klarheit über die humanitären Folgen ist auch der Grundgedanke des Vertrags. Die Präambel des Vertrags unterstreicht *„dass den katastrophalen Folgen von Nuklearwaffen nicht angemessen begegnet werden können, nationale Grenzen überschreiten, schwerwiegende Auswirkungen auf das Überleben der Menschheit, die Umwelt, die sozioökonomische Entwicklung, die Weltwirtschaft, die Ernährungssicherheit und die Gesundheit der heutigen und zukünftigen Generationen. (...) Dass diese Risiken folglich die Sicherheit der gesamten Menschheit betreffen und (...) dass alle Staaten die gemeinsame Verantwortung dafür tragen, jeglichen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern“*.

Der Grundgedanke des Vertrags ist nicht, wer diese Waffen haben sollte und wer nicht, sondern dass die Folgen so schwerwiegend und unannehmbar sind, dass kein verantwortlicher Staat sie haben sollte.

Bis heute haben 68 Staaten den Vertrag ratifiziert und 91 haben ihn unterzeichnet, was eine bemerkenswerte Leistung angesichts der starken Opposition und sogar BullyingTaktik seitens der Nuklearwaffenstaaten gegen die TPNW ist.

Warum spielt das überhaupt eine Rolle? Was nützt ein Vertrag von nuklearen HaveNots d.h. Staaten ohne Nuklearwaffen, die diese verbieten wollen – wenn dies den Nuklearwaffenstaaten offensichtlich egal ist? Wie wird und wie soll sich das auswirken? Wie soll dies einen nuklearen Akteur davon abhalten, mit Nuklearwaffen zu drohen oder sie einzusetzen?

Die kurze Antwort ist, ich weiß es nicht. Der Vertrag an sich kann dies nicht verhindern und ist natürlich keine Garantie, wie dies in Wirklichkeit ja kein internationaler Vertrag jemals ist oder sein kann.

Aber ich denke, dass der TPNW ein enormes Transformationspotenzial hat und gerade jetzt deshalb von besonderer Bedeutung ist.

Erstens hängt es davon ab, ob man an die Kraft und den Wert des Völkerrechts und der internationalen Normen als Grundlage für internationale Beziehungen glaubt. Wir bewegen uns vielleicht in eine Richtung, in der die Achtung des Völkerrechts und die Legitimität von Normen zunehmend untergraben zu werden scheinen, aber ich bin nicht davon überzeugt, dass dies tatsächlich der Fall ist oder in Zukunft sein wird.

Ich denke, dass das Völkerrecht von entscheidender Bedeutung ist und bleiben wird, da die Welt zwangsläufig immer stärker vernetzt wird. Trotz aller geopolitischen Spannungen wird von Tag zu Tag klarer, dass die globalen Probleme, vor denen wir stehen, nur kooperativ und auf der Grundlage gemeinsamer Normen gelöst werden können. Dies gilt für Themen wie den Klimawandel, zukünftige Pandemien und die meisten anderen globalen Themen – und es gilt eben auch für die Nuklearwaffenfrage – selbst wenn die Dimension der nationalen Souveränität dort heute natürlich noch besonders dominant ist.

Wenn große Teile der internationalen Gemeinschaft durch den Beitritt zum TPNW quasi mit den Füßen abstimmt und damit zum Ausdruck bringt, dass der nukleare *status quo* keine Legitimität mehr hat und der Einsatz oder die Androhung eines Einsatzes dieser Waffen als inakzeptabel und rechtswidrig angesehen wird, ist das eine bedeutsame Sache.

Der erbitterte Widerstand der Nuklearwaffenstaaten gegen die TPNW ist eigentlich der beste Beweis für dessen Transformationspotential. Dieselben fünf sind ja auch die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – mit besonderer Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Die Bedeutung des internationalen Rechts und das Urteil über die Legitimität von Nuklearwaffen und nuklearer Abschreckung durch die übrige UN-Mitgliedschaft ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Dies gilt umso mehr in einer Zeit, in der der VN Sicherheitsrat aufgrund der lähmenden Wirkung der geopolitischen Spannungen größtenteils funktionsunfähig ist.

Ein entscheidender Teil des neuen Paradigmas, das der TPNW vertritt, ist die Stigmatisierung von Nuklearwaffen – das Klarstellen, wessen Verhalten und welche Handlungen erstens als außerhalb des Völkerrechts und zweitens als außerhalb der Grenzen internationaler Akzeptanz angesehen werden.

Wie wichtig dies ist, sehen wir gerade in der aktuellen Situation mit nuklearen Drohungen und den Risiken des Einsatzes von Nuklearwaffen, die so hoch sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zitieren, worauf sich die TPNW in ihrer gemeinsamen Erklärung beim 1. Treffen der Vertragsstaaten im vergangenen Juni in Wien geeinigt haben:⁷

„Wir sind alarmiert und bestürzt über die Drohungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen und die zunehmend schrille Nuklearrhetorik. Wir betonen, dass jeder Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen eine Verletzung des Völkerrechts darstellt, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen. Wir verurteilen unmissverständlich jeden und alle nuklearen Bedrohungen, ob explizit oder implizit und unabhängig von den Umständen.“

Die TPNW-Vertragsstaaten sagten weiter:

„Weit davon entfernt, Frieden und Sicherheit zu wahren, werden Nuklearwaffen als Instrumente der Politik eingesetzt, die mit Zwang, Einschüchterung und Verschärfung von Spannungen verbunden sind. Dies unterstreicht heute mehr denn je den Trugschluss der nuklearen Abschreckungsdoktrinen, die auf der Bedrohung durch den tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen und damit auf den Risiken der Zerstörung unzähliger Leben, von Gesellschaften, Nationen beruhen und sich darauf stützen weltweit katastrophale Folgen und verursachen. Wir bestehen daher darauf, dass bis zur vollständigen Abschaffung der Nuklearwaffen alle Nuklearwaffenstaaten diese Waffen unter keinen Umständen einsetzen oder damit drohen.“

Dies ist nicht nur die eindeutigste Verurteilung jeglicher nuklearen Bedrohung, die Sie in einem multilateralen Forum finden werden. Es ist auch die deutlichste Absage an nukleare Abschreckung als Grundlage zur Sicherung von Frieden und der internationalen Sicherheit.

Dieses Urteil ist auch die politische Interpretation, die die TPNW-Vertragsstaaten den im Vertrag enthaltenen Verboten des Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von Atomwaffen gegeben haben. Kurz gesagt, es stellt klar, dass nukleare Bedrohungen, der Einsatz von Nuklearwaffen und die Praxis der nuklearen Abschreckung für die TPNW-Staaten inakzeptabel sind und außerhalb der Grenzen dessen liegen, was verantwortliche Akteure tun sollten.

7) Erklärung der Vertragsstaaten des 1st Meeting of States Parties of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons: “Our Commitment to a World Free of Nuclear Weapons” vom 23. Juni 2022, siehe https://documents.unoda.org/wp-content/uploads/2022/06/TPNW.MSP_.2022.CRP_.8-Draft-Declaration.pdf

Ich bin davon überzeugt, dass diese Ansicht von einer deutlichen Mehrheit der Staaten geteilt und unterstützt wird. Mehr und mehr Staaten werden sich dem TPNW im Laufe der Zeit annähern und ihm beitreten. Je mehr dies tun, desto mehr normative Kraft und politisches Gewicht wird diese Interpretation der Legalität und Legitimität der nuklearen Abschreckung haben. Diese Wirkung entfaltet sich selbst, wenn Nuklearwaffenstaaten dem TPNW nicht beitreten.

Es war interessant zu sehen, wie Frankreich, Großbritannien und die USA auf der jüngsten NPT-Überprüfungskonferenz im August versuchten, eine klare Linie zwischen dem Verhalten Russlands, das sie als unverantwortlich darstellten, und ihren eigenen verantwortungsvollen Praktiken zu ziehen.

In einem gemeinsamen Arbeitspapier wiesen sie die *„unverantwortliche Rhetorik bezüglich einer möglichen nuklearen Nutzung, die für militärische Nötigung, Einschüchterung oder Erpressung bestimmt ist“*, zurück. Für sich selbst erinnerten sie daran, dass *„Atomwaffen nur Verteidigungszwecken dienen, Aggressionen abschrecken und Krieg verhindern sollten... (und dass sie) weiterhin daran arbeiten werden, eine offene, inklusive und auf Regeln basierende internationale Ordnung zu bewahren, in der die internationalen Beziehungen weiterhin durch Gesetze geregelt werden, einschließlich der UN-Charta, und in der alle Staaten ihren internationalen rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.“*⁸

Aus TPNW-Perspektive, wie sie in der Wiener Erklärung zum Ausdruck kommt, ist diese Unterscheidung zwischen „verantwortlich“ und „unverantwortlich“ jedoch wenig überzeugend. Welche nuklearen Bedrohungen können angesichts dessen, was wir heute über die humanitären Folgen und Risiken dieser Waffen wissen, letztlich als verantwortlich angesehen werden?

Was ist an humanitären Folgen jemals als vertretbar anzusehen und vor allem für wen und mit welcher Legitimation? Denken Sie daran, dass diese Risiken und Konsequenzen für TPNW-Staaten das direkte Ergebnis des *Trugschlusses der nuklearen Abschreckungsdoktrinen* sind, die auf der Bedrohung durch den tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen und damit auf den potenziellen globalen Konsequenzen beruhen. Für Nichtnuklearwaffenstaaten sind diese schwerwiegenden humanitären Folgen die Risiken, denen sie gegen ihren Willen und außerhalb ihrer Kontrolle ausgesetzt sind.

Das Argument der *Verantwortung versus Verantwortungslosigkeit* ist sehr heikel und steht in direktem Zusammenhang mit der Legalität, der Legitimität und den ethischen Fragen, die sich aus dem Besitz von Nuklearwaffen und der Praxis der nuklearen Abschreckung ergeben.

Ja, wir alle sind bestürzt über die unverhohlenen nuklearen Drohungen und Erpressungen von Präsident Putin - aber in letzter Konsequenz basieren alle nuklearen Abschreckungsdoktrinen auf der Bereitschaft, diese Waffen einzusetzen und katastrophale Folgen, Massenvernichtung und schwerstmögliche Verletzungen des internationalen humanitären Völkerrechts und mit einem Großteil der Menschheit als Kollateralschaden in Kauf zu nehmen.

Der TPNW hat diese Widersprüche in einen klaren Fokus gerückt. Was also tun mit nuklearen Bedrohungen, wie wir sie derzeit aus Russland haben?

8) Arbeitspapier von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten für die 10. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) „Principles and responsible practices for Nuclear Weapon States“; NPT/CONF.2020/WP.70, verfügbar bei [npt_conf.2020_e_wp.70.pdf](https://npt-conf.2020_e_wp.70.pdf) (un.org)

Sicherlich kann man weiterhin darauf setzen, solchem bedrohlichen Verhalten mit nuklearer Abschreckung zu begegnen, d.h. auf Drohungen mit gleichermaßen expliziten oder impliziten nuklearen Drohungen zu antworten in der Hoffnung, dass dies ausreicht, um Konflikte und Eskalation zu vermeiden und eine gewisse Stabilität zu wahren, selbst wir wissen, dass dieser Ansatz katastrophal scheitern kann.

Gerade heute ist es notwendiger als je zuvor, konkret und sorgfältig die tatsächliche Bereitschaft zum Einsatz von Nuklearwaffen und zur Begehung schwerster Völkerrechtsverletzungen für die gesamte Menschheit durchzudenken; selbst und gerade als Reaktion auf solche unverantwortlichen Drohungen durch andere. Wir alle hoffen natürlich, dass es nicht auf die Probe gestellt wird, aber ist kann diese Bereitschaft am Ende tatsächlich ein akzeptabler und nachhaltiger Sicherheitsansatz sein?

Gerade heute ist es notwendiger als je zuvor, konkret und sorgfältig die tatsächliche Bereitschaft zum Einsatz von Nuklearwaffen und zur Begehung schwerster Völkerrechtsverletzungen für die gesamte Menschheit durchzudenken; selbst und gerade als Reaktion auf solche unverantwortlichen Drohungen durch andere. Wir alle hoffen natürlich, dass es nicht auf die Probe gestellt wird, aber ist kann diese Bereitschaft am Ende tatsächlich ein akzeptabler und nachhaltiger Sicherheitsansatz sein?

Wenn Nuklearwaffen in dieser aktuellen Krise nicht schlussendlich und hoffentlich *nicht* eingesetzt werden, wird dies dann als Bestätigung der nuklearen Abschreckung angesehen?

Oder hatten wir v.a. wieder Glück?

Werden wir weiterhin davon ausgehen, dass die nukleare Abschreckung auch in Zukunft Bestand hat und Nuklearwaffen eben deshalb auch weiterhin nicht eingesetzt werden? Werden wir zur Tagesordnung übergehen bis jemand anderes wieder russisches Roulette spielt und diese Hypothese auf die Probe stellt?

Was ist letztlich der realpolitischere und vorsichtiger Ansatz? Sich auf Nuklearwaffen und die Stabilität der nuklearen Abschreckung zu verlassen oder versuchen, einen Ausweg aus diesem Paradigma zu finden? Kann es in Wahrheit als realpolitischer Ansatz angesehen werden, weiterhin Stabilität auf der Basis nuklearer Abschreckung anzunehmen, oder ist es nicht wirklich ein Wunschdenken-Ansatz oder Utopie, die auf nicht-bewiesenen, Annahmen, Unsicherheiten und *confirmation bias* basiert?

Der Versuch, einen normativen und politischen Ausweg aus dem Paradigma der nuklearen Abschreckung zu finden, erscheint mir als der viel realistischere und unsichtigere Weg, um aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die humanitären Folgen und Risiken zu schließen. Denn, während wir die Effektivität der nuklearen Abschreckung nicht beweisen können, ist die bei den Konsequenzen und Risiken sehr wohl der Fall.

Die TPNW bietet diese andere Antwort durch die kategorische Ablehnung jeder Drohung oder Verwendung von Nuklearwaffen als inakzeptabel und rechtswidrig, wie dies auch bei anderen Massenvernichtungswaffen – richtigerweise – der Fall ist.

Auch der TPNW hat kein Patentrezept für den Umgang mit zukünftigen Sicherheitsherausforderungen, aber nukleare Abschreckung bietet dieses Patentrezept auch nicht. Es ist dann vielleicht wohl klüger, sich von den Beweisen über die 17 Konsequenzen und Risiken leiten zu lassen, als das Überleben der Menschheit weiterhin auf ein riskantes Spiel zu setzen.

Die TPNW verurteilt nukleare Bedrohungen wie die von Präsident Putin unmissverständlich, unterscheidet klar zwischen akzeptablem und inakzeptablem Verhalten und stigmatisiert Handlungen, die Massenvernichtung bedrohen, als eindeutig außerhalb dieser

Grenzen liegend. Diese Klarheit kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts und eindeutiger Regeln erreicht werden. Ein Ansatz, der darauf basiert, dass „*meine nukleare Bedrohung ist verantwortlich, Deine ist unverantwortlich*“ ist, wird dies nicht erreichen.

Das TPNW ist noch ein junger Vertrag Abkommen - sozusagen in den rechtlichen Kinderschuhen -, aber es hat bereits einen erheblichen Einfluss auf den globalen Nukleardiskurs gehabt. Wichtig ist, dass die überwiegende Mehrheit der Staaten, die in dieser Debatte bislang weitgehend entrechtet war, nun eine Stimme erhalten hat, gerade weil dieses Thema für sie von gleicher existenzieller Bedeutung ist wie für die Staaten, die über diese Waffen verfügen.

In diesem Sinne leistet der TPNW durch seinen unmissverständlichen und diskriminierungsfreien normativen Umgang mit Nuklearwaffen einen entscheidenden Beitrag zur Demokratisierung der Nukleardebatte. Damit ist er ein entscheidender Schritt, die Nuklearwaffenfrage aus dem „*überholten Konzept engstirniger Nationalismen herauszulösen*“, die Albert Einstein bereits 1947 in dem eingangs erwähnten Brief zu Recht so besorgt hat.

Wir können die Dringlichkeit, die Fragilität und den prekären Nuklearwaffen *status quo* und die Risiken für die gesamte Menschheit heute direkt vor unseren Augen sehen. Fast alle Vektoren weisen derzeit in die falsche Richtung, hin zu einer stärkeren Konzentration auf Nuklearwaffen und nukleare Abschreckung, einem möglichen neuen atomaren Wettrüsten, mehr Verbreitung und sogar dem Einsatz von Nuklearwaffen mit potenziell katastrophalen globalen Folgen.

Das TPNW ist die einzige internationale Entwicklung, die auf eine alternative Herangehensweise an die Nuklearwaffenfrage und auf die tatsächliche Rolle dieser Waffen von einer globalen internationalen Sicherheitsperspektive hinweist. Eine, die nicht auf der Permanenz der Massenvernichtungsdrohung beruht. Eine, die die Bedrohung und den Einsatz von Nuklearwaffen kategorisch ablehnt und das auf Völkerrecht und multilaterale Zusammenarbeit aufbaut.

Es ist natürlich noch zu früh zu beurteilen, welche politische und rechtliche Wirkung dieser neue Vertrag tatsächlich entfalten kann. Aber jede zusätzliche Ratifikation ist aber eine Gelegenheit, die Norm gegen Nuklearwaffen zu stärken und den Druck auf ein Umdenken zu erhöhen. Jede Gelegenheit, so wie auch die heutige Veranstaltung, bietet die Chance den Diskurs zu führen und das prekäre Konzept der nuklearen Abschreckung zu hinterfragen. Dieser Diskurs ist dringend notwendig.

Gerade in dieser Zeit ist der TPNW ein wertvoller und unverzichtbarer Hoffnungsschimmer für die Menschheit vor einem ansonsten sehr düsteren Hintergrund.

Botschafter Dr. Alexander Kmentt

geboren 1965, verheiratet, zwei Kinder. Promotion in den Rechtswissenschaften, Leiter der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen im österreichischen Außenministerium..

2011 – 2016 Leiter der Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle, 2016 – 2019 Botschafter und Ständiger Vertreter Österreichs im politischen und sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU, 2019 – 2020 Forschungsaufenthalt (Senior Visiting Research Fellowship) am King's College London, ab 2021 Rückkehr in das Außenministerium Österreichs als Leiter der Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Botschafter Kmentt ist eine der Architekten der Initiative zu den humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen und des Vertrages über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW).